

4 Die wirtschaftlichen Ziele der BRD

4.1 Das Stabilitätsgesetz

Die Daten zur Produktion, Preisentwicklung und Einkommen geben Auskunft über die jeweilige wirtschaftliche Situation eines Landes.

Der Staat hat die Aufgabe, Wirtschaftskrisen und Not der Bevölkerung rechtzeitig zu vermeiden. Seit der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre (auch: in der BRD seit der Wirtschaftskrise 1966/67) wuchs die Einsicht, dass der Staat zur Sicherung eines hohen Beschäftigungsgrades auch direkt in den Arbeitsmarkt eingegriffen werden muss.

→ Folie "Der Staat muss eingreifen"

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (**Stabilitätsgesetz**), von 1967:

§ 1: "Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des **gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts** zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur **Stabilität des Preisniveaus**, zu einem **hohen Beschäftigungsgrad** und **außenwirtschaftlichen Gleichgewicht** bei **stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum** beitragen."

→ Folie "§ 1 des Stabilitätsgesetzes"

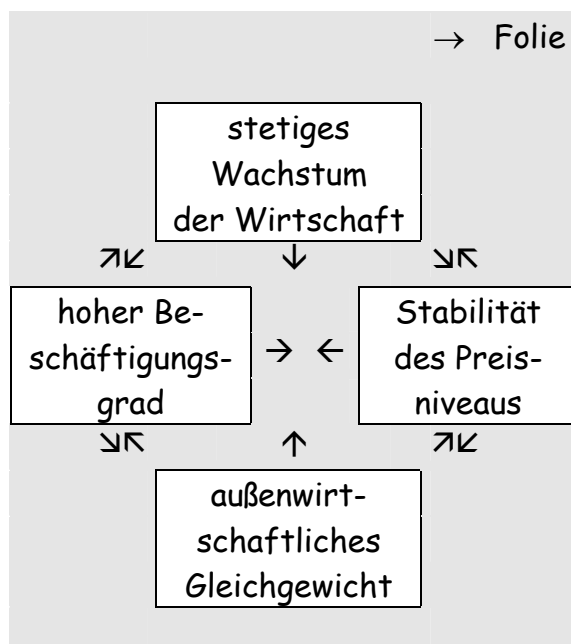
4.2 Das Magische Viereck

In Ländern mit dem Wirtschaftsmodell soziale Marktwirtschaft wird vom Staat erwartet, dass er neben den Ordnungs- und Schutzfunktionen auch sozial- und wirtschaftspolitische Aufgaben erfüllt. Die staatliche Wirtschaftspolitik soll krisenhaften Entwicklungen im Wirtschaftsprozess durch geeignete Maßnahmen gegenwirken.

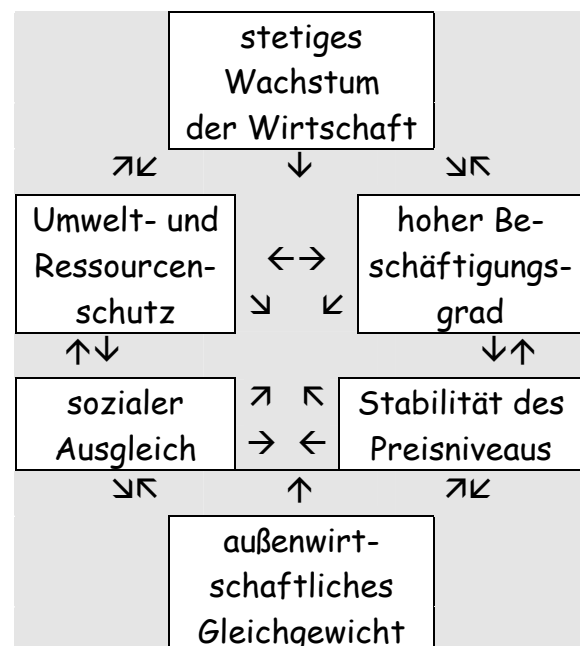
Im "Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" von 1967 sind die Ziele der deutschen Wirtschaftspolitik festgeschrieben. Nach dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (StWG) von 1967 besteht Stabilität, wenn die folgenden vier/sechs Einzelziele gleichzeitig verwirklicht werden:

- Preisniveaustabilität,
- Vollbeschäftigung,
- außenwirtschaftliches Gleichgewicht,
- stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum.

"magisches Viereck"



"magisches Sechseck"



Im magischen Vier-/Sechseck sind einzelne Ziele unvereinbar, andere ergänzen sich. Mögliche Zielkonflikte ergeben sich aus dem gleichzeitigen Streben nach

- Preisniveaustabilität und Vollbeschäftigung
- außenwirtschaftliches Gleichgewicht und Vollbeschäftigung
- Preisniveaustabilität und Wirtschaftswachstum

Die Größen der Stabilitätsindikatoren sind nicht im Gesetz festgelegt. Sie müssen Anfang jedes Jahres im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung quantifiziert werden.

Preisniveaustabilität

- Grundlage ist der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. Das Statistische Bundesamt berechnet jeden Monat anhand der Einkaufspreise für die Güter und Dienstleistungen den Warenkorb.
 - Folie "Der private Verbrauch, 1960 bis 1998"
- Angestrebt wird eine relative (keine absolute) Preisniveaustabilität.
- Das Ziel Preisniveaustabilität gilt bei einer Inflationsrate von 1,8 bis 2,3 % als erreicht.

31.) Was bedeutet Preisniveaustabilität?

- 1 Die Lebenshaltungskosten bleiben unverändert.
- 2 Die Preise für Güter und Dienstleistungen bleiben konstant.
- 3 Die Preise für Güter und Dienstleistungen ändern sich.
- 4 Die Kaufkraft des Geldes bleibt konstant.
- 5 Die Kaufkraft des Geldes erhöht sich.



Vollbeschäftigung

- Seit der Weltwirtschaftskrise Ende der 20-er Jahre, die zu Massenarbeitslosigkeit führte und vielen Familien ihre Existenzgrundlage raubte, steht ein hoher Beschäftigungsstand an oberster Stelle der staatlichen Wirtschaftspolitik.
 - Folie "Was uns bewegt, Deutschland im Dezember 1996"

- offene Arbeitslosigkeit: die beim Arbeitsamt registrierten Arbeitslosen
- verdeckte Arbeitslos.: → Folie "Arbeitslosigkeit - das ganze Ausmaß, 1996"
- "stille Reserve": Personen, die Arbeit suchen, ohne beim Arbeitsamt gemeldet zu sein
 - Hausfrauen, die wieder ins Berufsleben zurückkehren wollen, sich aber nicht beim Arbeitsamt melden
 - Schüler, die keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz finden und deshalb ihre schulische Ausbildung verlängern (=> FOS)
 - vorzeitig ins Rentenalter eintretende Arbeitnehmer
 - seit 1985 werden Arbeitslose, die älter als 58 Jahre sind oder die einen erwerbstätigen Partner haben, nicht mehr als Arbeitslose registriert
 - Personen ohne Ansprüche auf Sozialleistungen, die aber Arbeit suchen
 - Kurzarbeiter, die nur einen Teil der "normalen" Arbeitszeit beschäftigt sind
- Folie "Perspektiven für den Arbeitsmarkt, 1970 bis 2000"

- Arbeitslosenquote (= registrierte Arbeitslose / Beschäftigtenzahl) ist von beiden Größen abhängig
 - Folie "Die Wohnbevölkerung der BRD, Mikrozensus 2000"
 - Folie "Krisen auf dem Arbeitsmarkt, 1991 bis 1997"

32.) Ermitteln Sie für das Jahr 2000 die Arbeitslosenquote?

--

- Ursachen für Arbeitslosigkeit:
 - expansive Lohnpolitik → Folie "Waas? Soo viel wollen Sie mir zahlen ...?!!"
 - Marktsättigung in bestimmten Konsumgüterbereichen
 - fehlende Innovationen
 - keine Wettbewerbsvorteile im Außenhandel durch Wechselkursfreigabe
 - bestimmte Schutzgesetze im Arbeitsrecht verschlechtern Einstellungs-chancen bestimmter Personengruppen (keine Nachtschichten für Frauen)

- Formen der Arbeitslosigkeit → Folie "Viermal Arbeitslosigkeit"
 - strukturelle A.: Einzelne Branchen oder Berufsgruppen (z. B.: Kohlebergbau, Stahlbau, Schiffsbau, Textilindustrie) oder Regionen (z. B. Ostfriesland, neue Bundesländer) sind betroffen.
 - konjunkturelle A.: Durch die zyklischen Schwankungen im Wirtschafts-geschehen (privater Konsum, private Investitionen, Staatsnachfrage, Exportüberschuss) steigt und fällt der Arbeitskräftebedarf.
 - saisonale A.: Einige Branchen sind abhängig von Witterung, Jahreszeit, Ferien- und Feiertagen: Land- und Forstwirtschaft, Baugewerbe, Gastronomie, Bademeister, Skilehrer usw.
→ Folie "Im Mai 223.000 Arbeitslose weniger"
 - friktionelle A.: Kurze Zwischenphase des Suchens und Sich-Orientierens beim Übergang von einer Arbeitsstelle in eine andere.
 - Langzeitarb.-los.: Arbeitslosigkeit über mehrere Jahre hinweg

- Bei < 2 % Arbeitslosenquote (international 4 - 5 %) gilt das Ziel als erreicht. Eine Arbeitslosenquote von 0 % kann nicht erreicht werden. (s. friktionelle A.)

- Das Arbeitsförderungsgesetz (AFG, 1969) ermöglicht Maßnahmen, die Angebot und Nachfrage qualitativ und quantitativ besser aufeinander abstimmen:
 - Arbeitsvermittlung, Beratung und allgemeine Informationen
 - Maßnahmen zur Ausbildung und Umschulung
 - Verbessern der beruflichen Mobilität (Umzugshilfen)
=> FdA (Förderung der Arbeitsaufnahme)
 - Kurzarbeitergeld bei saisonalen Schwankungen
 - Winterbauförderung
 - Verringern des Arbeitsvolumens (Vorruhestand, Wochenarbeitszeit kürzen)
Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG, 1971) regelt bundeseinheitlich die Ausbildungsförderung der Schüler allgemein- und berufsbildender Schulen sowie Studierender.

- Träger der Beschäftigungspolitik sind der Staat und die Deutsche Bundesbank. Einfluss haben auch die Tarifpartner der Lohnpolitik.

außenwirtschaftliches Gleichgewicht

- Der gesamte Außenhandel wird in der Zahlungsbilanz erfasst. Diese gliedert sich in die Leistungsbilanz, die Kapitalverkehrsbilanz und die Devisenbilanz.
 - Als ausgeglichene Leistungsbilanz gilt bereits, wenn der Saldo max. 2 % des Bruttosozialprodukts beträgt.
- Folie "Die Zahlungsbilanz, Deutschland 1980"
- Folie "Deutschlands wichtigste Exportgüter, 2001"
- Folie "Deutschlands Partner im Außenhandel, 2000"

stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum

- Das reale Bruttosozialprodukt (Im Gegensatz zum nominalen Bruttosozialprodukt sind Preisänderungen bereinigt.) zeigt das Wirtschaftswachstum an.
 - Angemessenes Wirtschaftswachstum ist diejenige Zunahme des realen Bruttosozialprodukts, um die wirtschaftliche gesellschaftliche Ziele zu erreichen.
 - Das Ziel stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum gilt bei 4 % als erreicht.
- Folie "Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, Deutschland 1970 bis 1997"

Lösen Sie folgende Aufgaben:
siehe Arbeitsheft Seiten 101 und 102, Aufgaben 1 bis 6